

Ludwig Watzal

ZUR RENAISSANCE DER NATIONALSTAATEN

Zunehmende Fliehkräfte in der EU

Der Epochenbruch im internationalen System ereignete sich nicht 1989 mit dem Ende des Warschauer Paktes, sondern mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Letztere haben die internationalen Beziehungen revolutioniert. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Nato oder die EU sind am Ende ihres Lateins angekommen, wenn die amerikanische Hypermacht ihren Willen durchsetzen will. Die Nato als kollektives Bündnis ist ein Anachronismus, und die Vereinten Nationen sind für irrelevant erklärt worden. Mit dem Irak-Krieg ist Europa als letzte verbliebene Utopie nicht nur den Linken, sondern auch den Konservativen abhanden gekommen. Die Sehnsuchtsvokabel «Europa» wird zur Fata Morgana. Das Gebilde ist zu einer Fluchtburg der politischen Illusionen geworden. Die Handlungsunfähigkeit Europas als eigenständiger politischer Akteur war spätestens seit dem «Kampf gegen der Terror» evident, als US-Präsident *George W. Bush* zusammen mit seinem Partner, dem englischen Ministerpräsidenten *Tony Blair*, zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus blies. Die Nationalstaaten handelten, die internationalen Organisationen wie die Vereinten Nationen und Nato legitimierten die Angriffe in Afghanistan, und die EU war für die Beseitigung der Kollateralschäden zuständig. Hierin besteht auch ihre Rolle nach dem Ende des Irak-Krieges. Einige weitsichtige Aussenminister wie die Frankreichs und Deutschlands haben dazu ihre Bereitschaft bereits signalisiert.

Die Politik der Bush-Regierung hat die internationale Staatengemeinschaft in ihrer alten Form durch ihre manichäische Rhetorik nicht nur gespalten, sondern letztlich zerstört. Es gibt jetzt ein «altes» und ein «neues» Europa. Deutschland ist in eine «Friedens-» und «Kriegskoalition» gespalten. Jahrzehntlang geltende Werte wurden über Bord geworfen. Die UN-Charta und das Völkerrecht, die einen Angriffskrieg verbieten, sind durch die sogenannte Bush-Doktrin ersetzt worden: Präventivkriege gelten seitdem als legitime Instrumente zur Durchsetzung politischer Ziele gegen das völkerrechtlich verbriefte Selbstbestimmungsrecht. Der Krieg ist eine Angelegenheit einer «Koalition der Willigen» geworden.

Glaubt man den Aussagen einiger US-Strategen, dann ist der Sturz des Regimes *Saddam Husseins* noch nicht der letzte Streich.

Welche Lehren sollte die EU aus dieser Entwicklung für den weiteren Integrationsprozess ziehen? Zuerst müssen sich die politischen Eliten mit den Widersprüchen des Integrationsprozesses auseinandersetzen. Dazu gehört, dass dem Europäischen Parlament ein europäischer Demos fehlt. Die politischen Eliten müssen Abschied nehmen von ihrer Illusion der «Vereinigten Staaten Europas». Das Gerede von einer «postnationalen Konstellation» oder eines «Euronationalismus» widerspricht den Aspirationen der neu aufgenommenen Staaten. Selbst wenn bei der heutigen Weltlage eine machtvolle EU wünschenswert wäre, stellt sich die Frage, ob diese Vorstellung der Realität entspricht. Noch bevor die Erweiterung offiziell in Kraft treten wird, zeigen sich schon erste zentrifugale Tendenzen. Der «Scheidungsbrief» der acht Staats- und Regierungschefs war nicht nur eine Ergebnissadresse an US-Präsident Bush, sondern auch ein Misstrauensvotum an die deutsch-französische Vorherrschaft in der EU.

Die gemeinsame Aussenpolitik wird durch die EU nicht gefördert, sondern eher behindert, weil die Gemeinschaft keine politische Souveränität besitzt. Der Druck des Welthegemons USA wird die politischen Fliehkräfte innerhalb der EU weiter vorantreiben. Nur die ökonomischen Interessen des «alten» und «neuen» Europas werden das Gebilde zusammenhalten. Um das Funktionieren der Gemeinschaft auch für die Zukunft zu sichern, wurde ein Verfassungskonvent einberufen. Sollte dieser Konvent überhaupt irgendein Ziel erreichen, dann bestimmt nicht «die konstitutionelle Neugründung Europas», wie dies Deutschlands Aussenminister *Joschka Fischer* euphorisch genannt hat, sondern höchstens eine Bestandgarantie für den *status quo*. Wenn die Sehnsuchtsvokabel Europa politisch einen Sinn ergeben soll, dann nur in Form eines «Europa der Nationen». ♦

LUDWIG WATZAL, geboren 1950, promovierte in Politikwissenschaft und Philosophie und ist Redaktor und Publizist in Bonn. Es ist Autor des Buches «Feinde des Friedens, Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern», Berlin 2002.